

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 26.

Leipzig, den 27. Juni.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Platze einschließlich Bringerlohn 12 $\frac{1}{2}$ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, G. Reichert Sainstraße 27, G. Hofmann Brühl 10, C. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes C. W. Vollrath Windmühlent. 11. Für Dresden Filialexpedition F. W. Grellmann Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika &c. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London.

Mit Nr. 26 schließt das zweite Quartal unseres Wochenblattes, und wir bitten die geehrten Abonnenten, die Bestellungen auf das neue Quartal rechtzeitig zu bewirken, damit die Zusendung des Blattes keine Unterbrechung erleide.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Stieberisches. — Die alten Parteien des sächsischen Verfassungskampfes. — An meine Wähler. — Selbstgesetzgebung des Volks. — Weiße Sklaven. — Beilage: Aus Deutsch-Oesterreich. — Aus England.

Politische Uebersicht.

Das Wichtigste ist heute: Bei einer Schießprobe in Nachen wurden mit dem Chassepot 12 $\frac{1}{2}$, mit der Zündnadel nur 9 $\frac{1}{2}$ Schüsse in der Minute abgefeuert. Der heilige Chassepot hat also die heilige Zündnadel „elegant“ besiegt. Beide werden aber von dem österreichischen Heiligen, genannt Wänzl, ausgestochen, der es kürzlich bei einer Schießprobe zu Ehren Plonplon's gar auf 21 $\frac{1}{2}$ gebracht hat. Da muß es den Verehrern der Zündnadel allerdings etwas häßlich zu Muth werden. —

Nachdem der Berliner „Reichstag“ — „nicht das Kind konstitutioneller Eltern“, wie ihm der Kreuzzeitungsmanu Bagener jüngst höhrend an den Kopf warf — die am 22. April d. J. so tapfer verweigerte Bundesanleihe noch tapferer bewilligt hatte, wurde er am Sonnabend von dem preussischen König heim geschickt. Die Thronrede kann nichts Gutes und will nichts Schlimmes sagen, sie sagt daher nichts. Ein recht loyales Blatt, das für die Schöpfung des Jahres 1866 schwärmt, die „Elberfelder Zeitung“, widmet dem Bismarck'schen Parlament folgenden Nachruf: „Der „Norddeutsche Reichstag“ ist glücklicherweise geschlossen worden und hat sich durch sein Auseinandergehen wieder etwas in der Gunst des Publikums, die er gänzlich zu verlieren befürchten mußte, festzusetzen vermocht. Diesmal gehörte in der That das ganze norddeutsche Volk zu den ungestümen „Schlußrufern“. Die Homöopathie hat sich auf politischem Gebiete entschieden bewährt, und durch den Parlamentarismus hat man dem Parlamentarismus seine unliebsten Seiten genommen und denselben seiner Gefahren entkleidet. Was durch Feuer und Eisen nicht geheilt wird, das wird durch den Parlamentarismus geheilt.“

Bei der letzten Debatte über das Bundesschuldengesetz machte sich der fortschrittliche Herr von Kirchmann das bösehafte Vergnügen, die Reden der Rationalliberalen vom 22.

April zu zitiren. — Frauenzimmer, die selbst Sünden auf dem Gewissen haben, sind bekanntlich am Unbarmherzigsten in der Beurtheilung weiblicher Tugend. Die „Fortschrittspartei“, welche durch Annahme der anfangs bekämpften Norddeutschen Bundesverfassung die Jahre lang bekämpfte Armeereorganisation, und den preussischen Verfassungsbruch sanktionirt hat, darf wahrlich nicht von politischer Consequenz reden.

In der nämlichen Debatte über die Bundesanleihe sprach der „geniale“ Moltke, „der intellektuelle Sieger von Königgrätz“ u. A. nachstehende Worte gelassen aus: „Krieg ist Fortsetzung der Politik mit anderen Waffen; Krieg ist zu vermeiden, wenn im Herzen Europa's sich eine Macht bildet, stark genug, dem Nachbar die Kriegsführung unmöglich zu machen. (Beifall.) Ich meine, Deutschland sei der Herd für eine solche Macht, und der Zweck um so mehr erreichbar, wenn Deutschland einig ist. Unsere Nachbarn wissen alle, daß wir sie nicht angreifen; aber sie sollen auch wissen, daß wir uns nicht angreifen lassen. Deshalb, meine ich, nehmen wir die Vorlage an, wie sie uns geboten ist.“ Sehr konfus für einen „Organisator des Sieges“. Das angegriffen werden ist nicht Sache des freien Willens. Wenn Frankreich angreifen will, muß Preußen sich angreifen lassen. Daß Deutschland ein „Herd“ für eine Macht wäre, stark genug, das Ausland im Zaum zu halten, das glauben auch wir; schade nur, daß Herr Moltke und Consorten ihr Bestes gethan haben, diesen „Herd“ zu zerstören und uns trotz aller preussischen Renomistereien zum Spielball unsrer Nachbarn herabzuwürdigen. Vor Königgrätz, ungeachtet des jämmerlichen Bundestags, ließen die Franzosen uns ungeschoren; jetzt mischen sie sich permanent in unsere inneren Verhältnisse ein, und lassen die preussischen Großmachtbramarbasse, auch Herrn Moltke, nicht aus dem Zitterfieber herauskommen. Herr Moltke machte in seiner Rede auch eine dunkle Hindeutung auf zwei Kriege, die noch nöthig seien, und dies giebt der französischen Kriegspartei erwünschtes Wasser auf die Mühle. —

Stieber hat wieder einmal gestiebert: im preussischen Bad Landes wurden die Papiere eines „Welfischen Agenten“ abgefaßt, welche die kompromittirendsten Dinge enthalten sollten. Der „Welfische Agent“, „ein sächsischer Schriftsteller“, hat sich als ein gewisser Bernhard Fischer entpuppt,

der vor Jahren aus dem Leipziger Schriftstellerverein ausgestoßen wurde, und ein in anständiger Gesellschaft nicht zu bezeichnendes Handwerk trieb, das einzige, welches ebenso chelos ist, wie das des Herrn Stieber. Schöne Seelen finden sich. Wir wünschen Stieber Glück zu diesem Fischzug, nicht Fischzug. Jetzt wird der Edle — wir meinen Stieber — vermuthlich in Hannover weilen, wo der König von Preußen auf der Durchreise nach Worms (zur Enthüllung des Lutherdenkmals) durch den Zauber seiner Persönlichkeit politische Sympathien zu erzeugen sucht. Ob mit Glück? Den städtischen Behörden erwiderte er — wir meinen der König — auf ihren pflichtschuldigen Gruß: „Wir sehen uns zum ersten Mal gegenüber, seit Ereignisse, welche große Veränderungen hervorriefen, uns zusammenführten. Ich mißbillige und tadle nicht die persönlichen Empfindungen für frühere Verhältnisse. Was aber Herz und Haus ehrt, muß im Herzen und Hause bleiben. Drängt es sich irgendwie in die Oeffentlichkeit, so treten Sie mir und meiner Regierung gegenüber und zwingen mich demgemäß zu handeln. Erwidern sie mein Vertrauen, dann bin ich überzeugt, daß wir glücklichen Zuständen entgegengehen.“ Mit andern Worten: Denken Sie, was Sie wollen, aber hüten Sie sich, mich merken zu lassen, daß Sie unzufrieden sind. Sonst — — Wir glauben kaum, daß die Hannoveraner über die Ruthe, die man ihnen so vor aller Welt zeigt, sonderlich erbaut sein werden.

Mittlerweile athmet Graf Bismarck, der in der That sehr krank ist, vommer'sche Landluft. Im Vorbeigehen bemerkt — das Annetiren scheint sich wirklich selbst mit den besten Constitutionen nicht zu vertragen. Graf Cavour, der gewiß einen guten Magen hatte, mußte auch dran glauben. —

Curiositätshalber sei hier erwähnt, daß die berüchtigte „Times“ (die gleich allen Feinden Deutschlands und der Freiheit für die Bismarck'sche Politik schwärmt) in einem Leitartikel schreibt: „Es ist immer unsere feste Ueberzeugung gewesen, daß, wenn Europa im Laufe der letzten zwei Jahre von den Schrecknissen eines Krieges verschont geblieben, das Verdienst dafür nur zwei Männern, dem Grafen Bismarck und dem Kaiser Napoleon gebührt!“ Das ist doch etwas stark; aber wird die Wahrheit noch so frech auf den Kopf gestellt, es giebt stets Leute, die sich betölpeln lassen. —

Der „Frankf. Ztg.“ wird „vom Niederrhein“ über die Luxemburger Frage geschrieben:

„Wir können nicht mit Gleichgültigkeit den Vorgängen in Luxemburg zuschauen. Das vorjährige Preisgeben dieser alten deutschen Feste droht seine bitteren Früchte zu tragen. Mit Recht wurde kürzlich in Ihrem Blatte, gegenüber den stolzen Redensarten, daß man keine Furcht kenne, gefragt, welches andere Motiv als die Furcht es denn gewesen sei, wodurch der Verzicht auf jenen wichtigsten Deckungsposten des linken Rheinufer bestimmt worden? Voriges Jahr ermangelte die französische Armee noch, sowohl der mächtig verstärkten Reorganisation, als der besseren Bewaffnung, und auch das mißhandelte Oesterreich hatte seine immerhin stärkende constitutionelle Umbildung noch nicht begonnen. Damals war die günstige Periode, die nun einmal vorhandene Eifersucht zwischen dem Cäsarismus hüten und drüben zur Entscheidung zu bringen. Möglich, daß der Cäsarismus jenseits damals noch vor einem entscheidenden Schlage zurückgewichen wäre, dann konnte auch eine Consolidirung in Deutschland erfolgen. Damals offerierte man Luxemburg; ja, um dem Bonapartismus eine weitere Garantie zu geben, wurden auf Veranlassen aus Berlin die Außenwerke von Landau geschleift. Dies das Geheimniß in einer oft ohne Sachkenntniß berührten Angelegenheit. Damit ist das ganze deutsche linke Rheinufer, bis zu den unmittelbar am Strom gelegenen Festungen, einer französischen Invasion bloßgestellt. Hat man damit den Frieden wirklich erkauft? Die Unsicherheit aller Verhältnisse giebt genügende Antwort. Während beim Festhalten an Luxemburg eine vordringende französische Armee veranlaßt wäre, den großen und bedenklichen Umweg über Süddeutschland zu suchen, um auf Berlin zu overiren, ist die militärische Operationsbasis für die Franzosen jetzt eine viel nähere und bessere: über Luxem-

burg, am Niederrhein, etwa in Verbindung mit Diverfionen nach Schleswig-Holstein und Hannover, unter der nicht fehlenden Cooperation Dänemarks. Das ist nicht etwa die Enthüllung eines tiefen diplomatischen Geheimnisses, sondern das einfache Resultat einer scharfsichtigen strategischen Beschaung der Landkarte. Die Bewaffnung der französischen Armee mit den wunderbätigen Chassepots ist vollbracht. Im Krieg aber ist der Flintenverbrauch ein ungeheurer; man nimmt deswegen an, daß, wenn möglich, vor Beginn jedes Feldzuges eine doppelte Garnitur Gewehre beschafft sein soll. Man ist stark an der Arbeit; bis zum Herbst dürfte sie vollendet sein. Auch die Reorganisation der französischen Armee bedarf noch der Ausbildung, besonders was die mobilisirte Nationalgarde anbelangt; zudem ist das un vermeidliche Ansehen zwar in Aussicht genommen, aber noch nicht verwirklicht. Gründe genug, daß das Tuilerien cabinet noch keinen Krieg erklärt. Indes — in Luxemburg werden die Demonstrationen bereits in Scene gesetzt. Bei Landau hat man sich gewaltig beeilt, die höheren Werke zu rasiren, ohne Verpflichtung; in Luxemburg, wo eine solche Verpflichtung ausdrücklich vorliegt, geschieht nichts dieser Art. Machen wir uns gefaßt, in einigen Monaten verschiedene, nicht gerade den Frieden verbürgende weitere Demonstrationen zu erfahren. Wir wollen's loben, wenn wir den nächsten Frühling erleben ohne Krieg; viele Leute genügt ein Termin bis zum Herbst, wo die Scheunen gefüllt. Täusche man sich nicht über die wirkliche Lage der Dinge.“

Wir können dem nur beifügen, daß Preußen nichts thun wird, um die Annexion Luxemburgs an Frankreich zu verhindern. Es wird in jede Vergrößerung Frankreichs willigen, wenn es sich dadurch die Möglichkeit erkaufte, den Raub des Jahres 1866 zu verdauen und weitere „kühne Griffe“ zu machen. Freilich, es sieht nicht so aus, als sei der Nachbar jenseits des Rheins zu einem friedlichen Abkommen geneigt. Die Lage Bonapartes wird von Tag zu Tag kritischer und tausend Anzeichen lassen auf die Absicht eines Krieges mit Preußen schließen. —

Die „Nationalliberalen“ schwagen bekanntlich viel von dem „Respekt“, dessen wir seit 1866 im Ausland genießen sollen. Ein schöner Respekt! Frankreich zupft uns in Luxemburg an der Nase, und Rußland schlägt uns in Ostpreußen hinter die Ohren. Welchen „Respekt“ die Behörden des Czars vor Preußen haben, erhellet wieder aus folgender Geschichte, die von preußischen Blättern erzählt wird: „Der Kaufmann Lewin Rosenberg aus Reidenburg ist von Geburt ein Polak. Er lebt zwar bereits 25 Jahre in Preußen und ist hier naturalisirt, aber ohne Erlaubniß der russischen Behörden. Vor etwa 8 Wochen reiste R. mit einem preußischen Auslandsverwalter versehen in Geschäften nach Pozasnyez; von einem brodnischen Glaubensgenossen wird er dort dem Stuzelnik (Schwartz) angezeigt, man verhaftet ihn, nimmt ihm seinen Paß ab, und nun sitzt er seit jener Zeit im Gefängniß zu Pozasnyez mit dem gemeinsten Gesindel zusammen eingekerkert und steht er der Ueberführung nach Sibirien entgegen, denn diese Strafe steht auf Auswanderung ohne Erlaubniß. Bisher sind alle Versuche zu seiner Befreiung vergebens gewesen; selbst eine Reise des Reidenburger Landraths nach Pozasnyez blieb erfolglos. Wird das „großmächtige“ Preußen um des Eingekerkerten willen Krieg mit Rußland anfangen, wie England allenfalls thun würde? Ach nein! Gleich den täglichen Gränzverlegungen wird es auch diesen Schimpf rubig einstecken, denn es braucht Rußland gegen Deutschland und Frankreich. —

Vorige Woche zog der amtliche „Württembergischer Staatsanzeiger“ sehr heftig gegen den Plan eines demokratischen Südbunds zu Feld, jetzt erklärt ein halbamtliches Organ der Bairischen Regierung (die Correspondenz Hofmann), daß Ministerium Hohenlohe nehme den Südbund an, vorausgesetzt, daß er ganz Süddeutschland umfassen, keine vereinzelte Stellen einnehmen und sich nicht an das Ausland anlehnen werde. Schade, daß nicht gesagt ist, was unter „ganz Süddeutschland“ zu verstehen, und welchen Sinn die Redensart von „der einzelnen Stellung“ hat. —

In der Hauptstadt Kassau, dem einst durch und durch nationalliberalen Biesbaden, hat die Braunschweiger Partei bei der letzten Bürgermeisterwahl eine kolossale Niederlage erlitten. Wir waren immer der Ansicht, daß preussische Wirthschaft die beste Kur gegen die preussische Krankheit ist. —

Während der König von Preußen politisch zwecklos, ist auch der Kaiser von Oesterreich nicht müßig; er hat sich nach Prag begeben, und schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe, indem er den Kurfürsten von Hessen kasolirt und einen Ausgleich mit den Tschechen anbahnt. Trotz der Hegerien preussischer und russischer Agenten ist er von den Böhmen mit Begeisterung empfangen worden.

Nächste Woche soll das neue Wehrgesetz im Reichstag vorkommen.

Zum angenehmen oder unangenehmen Erstaunen derjenigen, welche die österreichische Couponsteuer für Staatsbankrott aussetzten, steigen die österreichischen Staatspapiere seit Einführung der Couponsteuer! Eine schlagendere Antwort konnte diesen Leuten nicht werden.

Die bevorstehenden Neuwahlen machen der französischen Regierung viel zu schaffen. Wie nachträglich herauskommt, sind die Unruhen in dem Departement der Charante nur die Folgen eines Wahlmanövers, durch das man die Bauern für das Kaiserreich entflammen wollte. Es heißt auch, die geheime Abstimmung solle durch die öffentliche ersetzt werden. Thatsache ist, daß die Regierung bei der allgemein herrschenden Unzufriedenheit in dem allgemeinen Stimmrecht, so wie es bisher gehandhabt wurde, keine hinlängliche Bürgschaft mehr findet, und auf neue Mittel der Beeinflussung bedacht sein muß. Da wäre freilich die öffentliche Abstimmung wohl der bequemste Ausweg.

Die Kammer-Verhandlungen über das letzte französische Eisenbahngesetz liefern einen recht bemerkenswerthen Beitrag zur Lehre von der Staatshilfe. Sowie von Staatsunterstützungen für die arbeitenden Klassen die Rede ist, schreit das liberale Bürgerthum sofort Jeter Mordio, und da das Wort Socialismus seine Schrecknisse zu verlieren anfängt, so muß jedesmal der Communismus als entgegenetzender Popanz dienen. Bei der Eisenbahn-Vorlage handelte es sich auch um Staatshilfe, aber freilich nicht für die Arbeiter, sondern für die eigentliche Bourgeoisie; der Einzige jedoch, der gegen den Antrag dieser Staatshilfe am energischsten und unbequemsten seine Stimme erhob, war ein Conservativer, der Schützöchner Poyer-Quertier. Die Opposition hatte zwar auch Ausstellungen zu machen, aber sie betrafen die Verwaltung der Eisenbahnen, nicht das Prinzip, um das es sich hier drehte. Gar gern hätte die Regierung das Wirken und Handeln der Westbahncompagnie der Debatte entzogen und als dienstbares Werkzeug setzte der Vice-Präsident des gesetzgebenden Körpers, Leroux, die Verhandlung auf den Dienstag nach Pfingsten an. Man hatte gehofft, da die meisten Deputirten dann noch nicht von ihrer Ferienreise zurückgekehrt sein würden, die Verhandlung vor leerem Hause abzumachen. Diese Hoffnung schlug fehl. Zwar hatten die Wähler Poyer-Quertier's diesem an dem Tage, als die Westbahn auf der Tagesordnung stand, gerade ein Festessen arrangirt, Poyer-Quertier ließ sich aber dadurch nicht stören. Gegen 2 Uhr bestieg er die Tribüne, hielt zum Entsetzen der Regierung und der Majorität seine Philippika, war um 4 Uhr damit fertig, nahm dann einen Extrazug für 500 Francs und war um 5 Uhr inmitten seiner Wähler. Die liberalen Bourgeoisorgane reiben sich jetzt zwar sehr vergnügt die Hände darüber, daß Poyer-Quertier in den Wind gesprochen habe, da der gesetzgebende Körper das Eisenbahn-Gesetz mit großer Majorität angenommen hat, —

was aber darüber in die Oeffentlichkeit gelangt ist, reicht doch hin, um dem Lande und zumal den arbeitenden Klassen die Augen über die Moral jener Herren, die sich jedesmal bei dem Borte der Staatshilfe befreuzigen, die Augen zu öffnen. Bei dem neuen Vertrage zwischen dem Staat und der Westkompagnie handelt es sich um drei neue Linien, welche sich dem Netz dieser Compagnie hinzufügen sollen und deren Ausdehnung auf 345 Kilometres berechnet ist. Die Herstellungskosten sind auf 138 Millionen veranschlagt, wozu der Staat direkt 50 Millionen als Subvention steuern soll; das ist schon ganz hübsch. Die Compagnie erhält überdies eine Zinsengarantie von 4,65 Prozent für die 88 Millionen, welche sie zu verausgaben haben wird: das ist nicht Alles. Sie besitzt überdies die Gelegenheit, um eine Revision der früheren Verträge (1863) zu verlangen, nach welchen die Zinsengarantie der Regierung sich auf ein Kapital von 570 Millionen erstreckte; der neue Vertrag gewährt hiefür ein Kapital von 843 Millionen, so daß in der That die Westkompagnie für einen Auslagezuwachs von 88 Millionen einen Zuwachs der Interessengarantie für 273 Millionen Fracs., oder von 12,694,500 Fracs. erlangt, also in Realität eine Zinsengarantie von 15 Prozent für die neu zu verausgebenden 88 Millionen. Nimmt man hinzu, daß selbst diese 88 Millionen sich bedeutend reduciren ließen, da sie auf einem Baukostenanschlag von 400,000 Fracs. per Kilometre beruhen (was für Linien zweiten und dritten Ranges ungeheuer ist), so begreift man, wenn selbst einzelne Mitglieder der Majorität über die neue Freigebigkeit stutzig werden, mit welcher die Regierung die Geldmittel des Landes ihren Schützlingen, den privilegierten Großkompagnien, zur Verfügung stellt. —

Um Italien für etwaige Kriegesfälle unschädlich zu machen, konzentriren die Franzosen in Civita Vecchia gewaltige Kriegsvorräthe — man sagt Waffen und Material für 100,000 Mann. Italien schmolzt und muß es eben leiden. In Florenz glaubt man überdies, Freund Napoleon wolle eine Schilderhebung in Neapel und Sizilien veranlassen. Die sonstigen Nachrichten aus Italien, weiland dem Idol der Einheitsdäster, beschränken sich darauf, daß ein paar Duzend Grafen und andre vornehme Herren wegen Anfertigung falscher Banknoten verhaftet worden sind. —

Welchen Verlauf die serbische Krise nehmen wird, ist noch nicht abzusehen. Einstweilen ist der Kesse des ermordeten Fürsten in Belgrad angelangt, und soll dort freundlich empfangen worden sein. Findet Rußland es aber für angemessen, die „große Aktion“ im Orient zu beginnen, so wird es den Nebenbuhler Milans, den jungen Georgewitsch, schon rechtzeitig und mit den nöthigen Mitteln ausgestattet in Serbien auf-tauchen lassen. —

Wie Bismarck miunter Anfälle von Religion hat, so Rußland von Humanität. Daran gewöhnt, ganze Nationen abzuwürgen, nimmt die russische Regierung jetzt Anstoß an dem Einzelmord durch Sprenggeschosse, und hat den andern Staaten vorgeschlagen, dieselben künftighin nicht mehr direkt, sondern nur indirekt gegen Menschen zu verwenden, so daß es also z. B. erlaubt wäre, eine Compagnie Soldaten durch ein Sprenggeschöß, das in einen Pulverwagen geschossen wird, vom Leben zum Tod zu befördern, nicht aber ein solches Geschöß jedem einzelnen Soldaten in den Leib zu schießen. Man sieht, die Russen werden ökonomisch. Der französische Kaiser hat sich den Vorschlägen bereits angeschlossen; dem blutigen Dezenbermann steht es wohl an, neben dem Mörder Polens für die Sache der menschlichen Menschenschlächtereie zu plaidiren. —

Eine Vergleichung der neuesten Nachrichten aus Inner-Asien erweist zwei Dinge als feststehend: daß die Russen eine

hokharische Armee aufs Haupt geschlagen und daß sie Samarkand eingenommen haben; falsch aber scheint es zu sein, daß der Emir von Bokhara gefallen sei, und mindestens zweifelhaft ist die frühere Angabe, daß auch die Stadt Bokhara sich in der Gewalt der Russen befindet. Wie dem auch sei, jedenfalls hat die russische Macht einen Schritt vorwärts gethan, der sie den Grenzen der britischen Herrschaft in Asien näher bringt.

England erntet jetzt die Früchte der landesverräterischen Politik Palmerston's, der durch den schmachvollen, nur auf Grund gefälschter Aktienstücke möglichen Affghanenkrieg den Engländern ihre besten Freunde entfremdete, Centralasien dem Russischen Einfluß überlieferte, und die englische Macht in Indien untergrub.

General Grant hat die Präsidentschafts-Candidatur angenommen; ebenso Colfax, Sprecher des amerikanischen Repräsentantenhauses, die Vizepräsidentschafts-Candidatur. Die Wahl Beider ist zweifellos. —

Wieder wird von Unruhen und Aufständen in Mexiko gefabelt. Gönnen wir den Feinden des republikanischen Prinzips den Spas; sie haben genug Arger. —

Nach einem Englischen Telegramm hat der Kaiser von Brasilien in seiner Thronrede bei Eröffnung der Kammern erklärt, der Krieg gegen Paraguay werde mit Nachdruck fortgesetzt werden, und es stünden auch Maßregeln für Aufhebung der Sklaverei nahe bevor. Letzteres ist eine schon hundertmal aufgetischte Lüge, ersteres eine eitle Prahlerei. Das brasilianische Kaiserreich hat ebenfowenig die Macht, Paraguay zu unterwerfen, als den ernsthaften Willen, die Sklaverei abzuschaffen.

Unser Freund und Parteigenosse Reincke hat sich bewogen gefunden, sein Mandat für den „Reichstag“ niederzulegen. In einem Schreiben an seine Wähler, das wir weiter unten mittheilen, hat er die Gründe auseinandergesetzt. Wir können diesen Schritt nur bedauern. Daß der „Reichstag“ so handeln würde, wie er gehandelt hat, war von vornherein mit Bestimmtheit zu erwarten, und die Vertreter der Demokratie mußten darauf gefaßt sein. Was die Abgeordneten der Volkspartei aus Sachsen betrifft, so betrachteten und betrachten sie den „Reichstag“ nur als ein „Schlachtfeld zur Bekämpfung des norddeutschen Sonderbundes“, und werden stets auf dem Platz sein, wenn der parlamentarische Kampf ihnen fruchtbringend erscheint, aber auch bloß dann. — Der Antrag Reincke's, welcher verlangte, daß das Haus nur dann in Debatten eintreten solle, wenn eine beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern anwesend, wurde bekanntlich auch von der Fortschrittspartei nicht unterstützt. Ihre Organe entschuldigen dies damit, daß der Antrag formell fehlerhaft gewesen sei. Es ist dies offenbar nur ein Vorwand; in einer Minute hätte sich der etwaige Formfehler beseitigen lassen. Das wahrhafte Motiv liegt in dem Bestreben der Fortschrittspartei, den Bismarck'schen Parlamentarismus zu schonen, den sie als Grundlage ihrer politischen Wirksamkeit anerkannt hat, und ohne den sie nicht mehr bestehen kann.

In Bayern wo die Fortschrittler (National-Liberalen) Böck und Crämer von Doos noch das große Wort führen und die Demokratie erst kürzlich angefangen hat, sich zu sammeln, sucht man jede demokratische Bewegung, wo sie sich zeigt, zu unterdrücken. Zum Beleg diene folgendes Geschichtchen: In Fürth bestand seit einigen Jahren ein gut demokratisch gesinnter Arbeiterverein, der im Laufe des vorigen Herbstes durch verschiedene Petitionen für eine zeitgemäße Social-Gesetzgebung und die Einführung des Volkswahlrechts seiner demokratischen

Besinnung Ausdruck gab. Das war für die bayerischen Fortschrittsleute ein Stein des Anstoßes und man sann hin und her, wie man dem demokratischen Arbeiterverein den Garaus machen könne. Als nun zu Anfang dieses Jahres in einer Generalversammlung die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen werden sollte, traten die Herren Fortschrittler en masse in den Verein, erhielten dadurch die Majorität, stürzten den demokratischen Vorstand und brachten ihre Leute dafür an die Spitze. Die Folge war, daß der größere Theil der demokratischen Elemente auswich und einen eigenen Arbeiterverein unter dem Namen „Zukunft“ gründete. — In der Nachbarstadt Nürnberg ist schon früher Aehnliches geschehen. Dort hatten Herr Crämer von Doos und Genossen sich dadurch dem Arbeiterverein unentbehrlich gemacht, daß sie durch Aktien dessen Hausbau unterstützten und ihn so in ein Abhängigkeitsverhältniß brachten. Ein Theil jenes Vereins, der weder vom Hausbau, noch von den Herren Crämer und Genossen etwas wissen wollte, zog es vor auszuscheiden und einen eigenen Verein unter dem Namen „Arbeiter-Bildungsverein“ zu gründen, der dann im Gegensatz zum nationalliberalen „Arbeiter-Verein“ sich der demokratischen Partei angeschlossen hat. Das sind lehrreiche Thatsachen, die den Arbeitern zeigen mögen, was es heißen will, wenn die Bourgeoisie ihnen Hilfe und Freundschaft gewährt.

Auf einer Versammlung von Schleswig-Holstein'schen Vertrauensmännern, die in Neumünster statt hatte, und von Neergard und dem Grafen Baudissin berufen war, einigte man sich über folgendes Programm:

Die deutsche Volkspartei erstrebt die volle, unbedingte Selbstregierung des Volkes, die thatsächliche Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes jeder Nation, jedes Stammes, Kreisles, wie jeder Gemeinde bei möglichster Decentralisation, — mit hin in der deutschen Frage die nationale Einigung aller deutschen Stämme in einem Bundesstaate auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes eines jeden derselben.

Die Gleichberechtigung aller volljährigen Staatsbürger auf Theilnahme am Staatsleben — sei es in nationaler, politischer, socialer oder kirchlicher Beziehung — verlangt für den Arbeiterstand die gesetzliche Sicherstellung eines Gewinn-Antheiles, welcher, wie im Allgemeinen ein menschenwürdiges Dasein, so besonders auch den Erwerb der zur selbstbewußten Theilnahme am öffentlichen Leben nothwendigen Bildung und Ruhe ermöglicht.

Der allgemeine Friede, das Selbstbestimmungsrecht des Volkes wie sein Wohlstand ist durch die (jetzigen) stehenden Heere auf's Aeußerste gefährdet, und fordert dringend deren Ersatz durch Nationalmilizen mit möglichst kurzer Präsenzzeit.

Aus Brüssel, 15. Juni, wird der „Zukunft“ geschrieben: Ernst und wichtig, wenn auch gänzlich von der Regierung ignoriert, ist die Bewegung unter dem Volke, d. h. dem für unmündig erklärten Proletariate, z. B. den Arbeitern des Pennegauer Kohlenbeckens. Schwinbar ist hier wieder Alles beim Alten. Die Leute haben ihr schweres Gewerbe tief unten im Schooß der Erde wieder aufgenommen — aber sie haben weder ihre Beschwerden noch das vergossene Blut vergessen. Allsontäglich finden in Marchiennes, Jumay zc. Arbeiterversammlungen statt und bereits sind an tausend Arbeiter der internationalen Arbeiter-Affoziation beigetreten. Augenzeugen dieser Meetings berichten von der würdigen Haltung derselben, von der wirklichen Intelligenz, welche die Arbeiter bekunden, und von dem ergreifenden Eindruck, welchen die Reden der

armen Leute machen, wenn sie in schlichten Worten ihre Klagen, ihre Leiden, und die ihnen von den Bergwerksbesitzern angethane Unbill aller Art auseinandersetzen. Einige Advokaten Brüssels haben es sich zur Aufgabe gemacht, an jenen Meetings, die natürlich den Patronen ein Dorn im Auge sind, die Bergwerksgesetzgebung und das spezielle Eigentumsrecht der Besitzer der Kohlenminen zu erklären und ihre Worte fallen zündend in jene erbitterten Gemüther. — So breitet sich nach und nach wie ein Delflecken die soziale Bewegung in alle größeren Arbeiterkreise. Nur Kurzsichtigkeit oder Verblendung können den Ernst dieser alle Volksschichten durchdringenden Frage verkennen, um so mehr, als die Brüsseler Sektion der Internationalen Arbeiter-Association in einem offenen Brief an Herrn Bara, Justizminister, ihren festen Entschluß angekündigt hat, den beschlossenen Arbeiterkongreß mit oder gegen den Willen der Regierung im Monat September abhalten zu wollen. Das betreffende Schreiben wurde durch das in der Debatte über das Fremdengesetz allzuleicht von Herrn Bara hingeworfene Wort provoziert: er würde das Tögen des Arbeiterkongresses hier nicht dulden. Da nun das Vereinigungsrecht hier durch die Verfassung absolut gewährleistet ist, so sah sich der Minister selbst veranlaßt, im „Moniteur Belge“ die in der Kammer ausgestoßene Drohung zu modifizieren und dahin umzuwandeln, daß er zur Ausweisung der fremden Arbeiter seine Zuflucht nehmen würde. Die Mitglieder der Brüsseler Sektion entgegneten hierauf im herausforderndsten Tone: „Wir wollen sehen, ob sie es wagen werden, eine Hand an unsere englischen und amerikanischen Brüder zu legen!“

Der Drucker des „Demokr. Wochenblattes“, C. W. Bollrath in Leipzig, in dessen Verlag vor kurzer Zeit die Broschüre: „Preußen und die Gerechtigkeit. Ein Beitrag zur Charakteristik preußischer Rechtspflege, von Adolph Kastendiek“ erschien, wurde am 12. dies. Monats vor das hiesige Bezirksgericht citirt, um auf Requisition der königlich preussischen Staatsanwaltschaft um Auslieferung der Briefe des Verfassers der erwähnten Schrift angegangen zu werden. Da Herr Bollrath nicht im Besitze solcher Briefe war, so blieb die Vernehmung ohne Resultat. — Im Interesse des Verfassers und des Verlegers wollen wir hoffen, die preussischen Polizeiorgane möchten aus jener Broschüre Kapital zu einem Prozesse wegen Majestätsbeleidigung und Schmähung der königlich preussischen Staatsregierung zu schlagen versuchen, was beabsichtigt sein soll.

Unter der Firma Kirchbach, Nagel u. Comp. wird hier (Kundenstraße 3, erste Etage) eine Genossenschafts-Buchbinderei eröffnet. Wir empfehlen das Unternehmen unsern Freunden auf das Wärmste.

Stieberisches.

Wie der Herr, so der Knecht. Das „Nachrichtenblatt für Kirchberg und Umgegend“ widmet in seiner Nummer vom 27. Mai dem Protegé Stiebers, Optikus Graf, folgende freundliche Erinnerung:

„Öffentliche Vorladung. Der aus Zittau gebürtige, in Geyer wohnhafte Optikus und Handelsmann Carl August Graf hat bei unterzeichnetem Gerichtsamte eine Gefängnißstrafe zu erleiden und wird, da derselbe bis jetzt nicht zu ermitteln gewesen, andurch vorgeladen, sich binnen 3 Wochen und längstens den 20. Juni d. J. bei unterzeichnetem

Gerichtsamte zur Verbüßung gedachter Gefängnißstrafe zu stellen. Alle Polizei- und Criminalbehörden, sowie deren Organe aber werden ersucht, zc. Graf auf gegenwärtige Vorladung aufmerksam zu machen und anher zu weisen. Königl. Gerichtsamte Kirchberg, am 19. Mai 1868. — Steinberg.“

Vermuthlich genießt Hannover in diesem Augenblick das Bergnügen, den ehlen Unsichtbaren in seinen Mauern zu beherbergen. Wenigstens hat er im Gasthose zur grünen Laube in Cunerisdorf geäußert, daß er dort von Freund Stieber als geheimere Polizeiist verwandt werden sollte.

Die alten Parteien des sächsischen Verfassungskampfes.

Im „Landtagsabschied“ versprachen wir, auf die Anfänge des constitutionellen Lebens in Sachsen zurückzukommen und nachzuweisen, mit welchen Wünschen und Hoffnungen seiner Zeit Verfassung und Volksvertretung erstrebt wurden, und wie die jetzt zum zweiten Male abgeschlossene Reihe der Landtage nach dem Wahlgesetze von 1831 diesen ursprünglichen Gedanken in keiner Weise zum Ausdruck gebracht hat. Nicht erst durch die Wiederkehr, sondern durch das erste Erscheinen dieses Wahlgesetzes, nicht Einmal, — Zweimal bereits ist das sächsische Volk in seinen Verfassungshoffnungen getäuscht worden.

Man spricht so viel vom „reaktionären Staatsreiche“ des Jahres 1850, als wenn die politische Entwicklung bis dahin sich in immer aufsteigender Linie bewegt hätte und nun erst mit einem Male ein jäher Umschlag erfolgt wäre. Diese Auffassung mag Denen naheliegen, welche nur die Kämpfe der vierziger, nicht die der zwanziger Jahre mit durchgemacht haben. Jene freilich haben durch Tribüne und Presse einen lauten Widerhall erweckt, während diese sich ganz in der Stille vollzogen. An Wichtigkeit stehen sie trotzdem jenen nicht nach. Ihre Frucht war ja die Bewegung von 1830 und in Folge derselben der Uebergang vom (faktisch) absolutistischen zum konstitutionellen System, wenn auch vor der Hand nur im Prinzip, mit möglicher Abschwächung in der Ausführung. Diese Abschwächung kennzeichnet die Zeit der dreißiger Jahre, welche die Fundamentalgesetze unseres Staats ins Leben rief, ebenso als eine Periode der Reaktion, wie die Periode nach 1850, und wie man den Charakter der letzteren ohne Danebenhalten der unmittelbar vorhergegangenen Herrschaft des Liberalismus nicht richtig zu würdigen vermag, so wird man auch die „constituirende“ Epoche unmittelbar nach 1830 erst im Zusammenhalt mit den vorausgegangenen Bestrebungen nach ihrem wahren Wesen verstehen.

Drei selbstständig neben einander herlaufende Bestrebungen sind in der alten Opposition zu unterscheiden. Das Streben der gebildeten bürgerlichen Klasse, den Adel aus der Staatsleitung zu verdrängen; das Streben des Staatsbürgertums, das örtliche Regiment bürgerlicher Oligarchien abzuschütteln; endlich das Streben der Bauern, der Bedrückungen durch die „Gnädigen Herren“ ledig zu werden. Die bäuerliche Bewegung explodirte zuerst. Wie späte Nachzügler des Bauernkriegs (im 16. Jahrhundert hatte der germanisirte meißnische Bauer still geseffen, während seine Standesgenossen altdeutschen Stammes bis in das benachbarte Thüringen hinein zu den Waffen griffen) kamen im Jahre 1796 Bauernunruhen über die kursächsischen Lande. Selbst hier, tief im Binnenlande, war nicht unbekannt geblieben, welche Revanche der französische Bauer an seinem Seigneur genommen. Der Versuch, dieses Beispiel nachzuahmen, ward indessen durch Militärgewalt im Keime erstikt. Die Regierung war klug genug, von der Sache nicht viel Aufhebens zu machen; die allgemeine Aufmerksam-

keit war überdem durch fortdauernde Kriegsbegebenheiten voll auf in Anspruch genommen. So ging der Zwischenfall fast unbemerkt vorüber. Als Symptom der in der Tiefe sich regenden Kräfte ist er indes immerhin beachtenswerth.

Der Kampf zwischen Gelehrten und Adel um die Regierungsgewalt spielt bereits seit 300 Jahren. Wie die Lehnsritter durch die erworbenen Büchschützen, so wurden die adeligen Landvögte durch die gelehrten Kanzler verdrängt. Das siebzehnte Jahrhundert mit seinem dreißigjährigen Kriege, welcher die Bedeutung der Wissenschaft wiederum tief herabgesetzt, die mittelalterlichen Kaufbolde aufs Neue zu Ehren gebracht hatte, gab dem militärischen Elemente und damit dem inzwischen in die neuen Formen des Kriegswesens hineingewachsenen Adel wieder eine neue Wichtigkeit. Ohne Rücksicht auf geschäftliche Brauchbarkeit behauptete er in verschiedenen Collegien seine „Bank“ als Standesrecht, die Arbeit großentheils der andern, der gelehrten Bank überlassend. Wie die Fürsten den Gelehrten nicht ihre eignen Plätze eingeräumt, sondern sie nur in Dienste genommen hatten, so wußten jetzt auch adelige Regenten die Mängel der eigenen Befähigung durch die Dienste bürgerlicher Sekretäre, Referenten u. gar trefflich zu decken. Mit Unmuth ertrug das gelehrte Bürgerthum diese Stellung. Erzogen in den Ideen des 18. Jahrhunderts, des Jahrhunderts der Aufklärung, voll gewissenhafter Hingebung an die ihnen obliegenden Geschäfte, durchdrungen von Gerechtigkeits Sinn wie von dem Gefühl der eignen Würde, welches, auch wo man sich unterordnen mußte, die Unabhängigkeit des Urtheils zu wahren erheischte, waren viele Mitglieder dieser respectablen Bureaokratie alten Schlags wie geschaffen für die ersichtete Reform des Staatswesens. Aber daß sie diese selbst herbeiführen würden, durfte man von ihnen nicht erwarten, denn gleich der ganzen Fortschrittsgeneration jener Zeit waren sie nur revolutionär im Denken, keineswegs im Handeln.

Handelnd trat für sie ein der eigentliche Bürgerstand. Die Opposition desselben gegen das bestehende städtische Patrizier-Regiment war nicht etwa bloß Sache der kleinen Handwerker, reiche und gebildete Elemente kämpften auf derselben Seite. Nicht eine Aristokratie, sondern eine Oligarchie, eine Clique gewisser sich durch Selbstwahl im Alleinbesitz der Macht erhaltenden Familien verwaltete in tiefer Heimlichkeit, und daher unter dem steten Verdachte egoistischer Handlungsweise, die Communsachen. In letzterer Beziehung mochte die Sache schlimmer scheinen als sie war. Die Enthebung von der Pflicht des Rechenschaftsablegens der Regierung gegenüber, welche die Magistrate der Landeshauptstädte zu erringen gewußt, bezweckte nicht die Verkürzung der Bürgerschaft, die ja ohnehin nach nichts zu fragen hatte, sondern sollte in wirklichem Gemeininteresse das Stadtvermögen gegen etwaige lüsterne Griffe des geldbedürftigen Fiskus sicher stellen. Aber der Bürger, welcher in der Regierungscontrole den einzig noch möglichen Schutz gegen Mißwirtschaft des Patriziats verlor, betrachtete diese „Errungenschaft“ mit ebenso mißgünstigem Auge, wie im Mittelalter die Gemeinen das Streben der Geschlechter, die Städte reichsunmittelbar zu machen. Ihr ursprüngliches Interesse trieb sie auf die Seite der Landesherrschaft, auf die sich ja auch die Bauern stellten, wenn sie, was nur zu selten geschah, gegen den Adel bei ihr Hülfe fanden. Aber die ursprünglichen Stellungen hatten sich in seltsamer Weise verkehrt. Der Feudaladel war aus dem Hauptopponenten ein Anhänger, eine Stütze des Fürstenthums geworden und die städtischen Patriziate waren seinem Beispiele gefolgt, so daß die bäuerliche und bürgerliche Opposition aus einer Auflehnung gegen die nächsten Herren zugleich zu einem Kampfe

gegen die allgemeine Staatsordnung werden mußte. Es brauchte nur noch ein gegen den Repräsentanten der Souveränität so zu sagen persönlich verstimmender Umstand hinzutreten und die Krise war vorbereitet.

(Fortsetzung folgt.)

An meine Wähler.

Unter dem heutigen Datum habe ich dem Präsidium des Reichstages des norddeutschen Bundes angezeigt, daß ich mein Mandat als Abgeordneter für den Reichstag niederlege. Ich halte mich für verpflichtet, meinen Wählern die Motive dieses Schrittes mitzutheilen.

Wenn Jemandem ein Amt übertragen ist, so darf er dasselbe nur so lange verwalten, als seine durch die gegebenen Verhältnisse bedingte Thätigkeit im Einklange steht mit seinem besten Wissen und Gewissen. Ich bin leider nicht in der Lage, als Mitglied des Reichstages, dieser sittlichen Forderung zu entsprechen.

Vor meiner Wahl versprach ich meinen Wählern die soziale Frage, wenn irgend möglich, auf die Tagesordnung zu bringen. Weit entfernt, politische und soziale Fragen voneinander zu trennen, halte ich die letzteren doch für überaus wichtig und entscheidend; denn die ersteren beziehen sich auf einen abgegrenzten Staat, die andern sind international, sie werden in letzter Instanz ganz unabhängig von irgend einem Regierungssystem geregelt.

Meinem Versprechen kam ich nach, indem ich den Antrag einbrachte: Kommissionen durch den Reichstag ernennen zu lassen zur Ermittlung von Thatsachen. Ich erklärte bei der Motivirung dieses Antrages, daß das Hauptgewicht desselben darin liege: die Lage der arbeitenden Klasse (im weitesten Sinne des Wortes) möglichst wahrheitsgetreu zu ermitteln, einmal um dadurch eine brauchbare Basis zu schaffen für die gesetzgeberische Thätigkeit; zum andern, um sie zum Gesamtbewußtsein der Nation zu bringen. Obwohl in der ausführlichen Motivirung der Dringlichkeit meines Antrages behauptet, machte ich doch mit den Worten des königl. preussischen Geheimen Regierungsraths Herrn Dr. Engel auf die der Gesellschaft drohenden Gefahren aufmerksam.

Er sagt wörtlich:

„Von den erleuchtetsten Staatsmännern und gründlichsten Kennern des wirklichen Lebens wird das herrschende und vornehmlich in den großen Städten vertretene Groß-Industriesystem wie folgt, charakterisirt: Es ist, ungeachtet aller Humanitätsbestrebungen seitens einzelner Arbeitgeber und der heldenmüthigen Anstrengung zur wirtschaftlichen Selbsthilfe vieler Arbeitnehmer, ein Verbrauch von Menschen zu Gunsten des Kapitals; ein Verbrauch, der durch Abnutzung individueller Lebenskräfte, durch Schwächung ganzer Generationen, durch Auflösung von Familien, durch sittliche Verwilderung und durch Vernichtung der Arbeitsfreudigkeit den Zustand der civilisirten Gesellschaft in die höchste Gefahr bringt.“ — Es ist darum die Pflicht der einsichtigeren, auf einer höheren Warte als der der Parteien stehenden und den Zusammenhang der Dinge überschauenden Männer, sowohl die Arbeiter als auch die Prinzipale oder Arbeitgeber zu belehren und namentlich letztere darüber aufzuklären, daß es mit dem *laissez faire, laissez aller* leider so weit gekommen ist, daß es nun nicht mehr gehen will.“

Ich führte aus, daß es Pflicht der Gesetzgeber sei, so weit es an ihnen liege, die bezeichneten Zustände statistisch klar zu legen und demnach für die Entwicklung der Gesellschaft ein

weg anzubahnen, der jenen gewaltsamen Erschütterungen vorbeuge, durch welche der Unschuldige mit dem Schuldigen getroffen werde.

Niemand kann leugnen, daß dieser Antrag im eminenten Sinne des Wortes konservativ war. Dennoch wurde vom Bundesrathsräthe aus gebeten, den Antrag abzulehnen, im Reichstage erhielt er die Unterstützung einer verschwindend kleinen Minorität; man wollte die wahre Sachlage durch eigene Organe nicht ermitteln lassen!

Ich hätte bereits damals abbrechen können, ich hatte nach Ablehnung jenes Antrages mit dem Reichstage eigentlich nichts mehr gemein. Denn ebenso wenig, wie ich mit einer heilsamen Thätigkeit eines Arztes denken kann ohne Erforschung des Krankheitsprozesses, ebenso wenig ist es mir ersichtlich, was ein Gesetzgeber soll, der nicht mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln den wahren Zustand der Gesellschaft zu ergründen bemüht ist. Meine Entfremdung erreichte jedoch den höchsten Grad, als man mit kolossaler Majorität erklärte, daß der Reichstag debattiren könne, auch nachdem es festgestellt sei, daß seine Mitglieder nicht in der durch Artikel 28 der Verfassung bestimmten beschlußfähigen Anzahl anwesend seien. Dafür fehlt mir jedes Verständniß.

Von den 29½ Millionen Einwohnern, welche zum norddeutschen Bund gehören, sind nach ihrem Vermögen und sonstigen Verhältnissen höchstens 20 Tausend in der Lage, ein Mandat für den Reichstag annehmen zu können. — Bei diesem unerhört hohen passiven Census birgt es die größte Gefahr, wenn jede beliebige Anzahl der Mitglieder zur Debatte genügt. Die Regierung wird immer eine hinreichende Anzahl ihrer Partisanen auf dem Platze haben, und dadurch das Feld beherrschen. In England, wo das Volk seit zweihundert Jahren für seine Freiheiten gekämpft hat, wo Karl I. seinen Kopf auf den Block legte und Jacob II. vertrieben wurde, ist die Gesamtheit des Volkes gleichsam durchtränkt mit dem Bewußtsein seiner theuer erkauften Rechte; dort mag es ziemlich gleichgültig sein, ob Vierzig oder Fünfzig im Unterhause tagen, — aber bei uns?

Es ist hier nicht meine Aufgabe, die Thaten des Reichstages überhaupt kritisch zu beleuchten; darüber wird die Geschichte richten. Ich habe nur zwei Punkte hervorgehoben, welche ich speciell anregte. Die Behandlung, welche ihnen zu Theil wurde, genügt vollkommen, um jede Gemeinsamkeit zwischen diesem Reichstage und mir aufzuheben. Als ehrlicher Mann las ich gezwungen, mein Mandat in die Hände meiner Wähler zurückzugeben, mit dem aufrichtigsten Danke für das Vertrauen, welches sie mir schenkten.

Berlin, den 18. Juni 1868.

Dr. Reinde.

ehrer Abgeordneter für den Wahlkreis Lennep-Wettmann.

Selbstgesetzgebung des Volkes.

Eine Stelle des in der vorletzten Nummer mitgetheilten Jacob'schen Briefs, betreffend die Selbstgesetzgebung des Volkes, wurde von Rittinghausen in der „Rheinischen Zeitung“ als nicht scharf genug bezeichnet. In Folge dessen schreibt nun Jacob erläutend:

In einem von der „Rhein. Ztg.“ veröffentlichten, in Nr. 210 der „Zukunft“ wiederabgedruckten Schreiben bespricht Herr Rittinghausen meinen Brief an Dr. Rambach (Nr. 194 der „Zukunft“) und meint, der darin enthaltene Satz:

„Auf politischem Gebiete ist die volle, unbedingte Selbstregierung des Volkes zu erstreben“ —

sei in der Fassung nicht scharf genug, um die Möglichkeit verschiedenartiger Deutung auszuschließen.

„Der Begriff: Selbstregierung des Volkes“ — sagt Rittinghausen — „ist durch die Partei-Taktik, welche oft systematisch auf die Täuschung des großen Haufens hinzielt, für die meisten Menschen ein so unbestimmter geworden, daß man ihn als Regierung durch Volksvertreter oder Abgeordnete auffaßt, während man eigentlich nur direkte Gesetzgebung durch das Volk darunter verstehen sollte.“

Das ist richtig; gerade deshalb aber habe ich in dem erwähnten Briefe die Erklärung hinzugefügt:

„Das zur Zeit bestehende Repräsentativsystem entspricht eben so wenig wie die Einzelherrschaft dem demokratischen Gleichheitsprinzip. Wenn die politische Thätigkeit des Volkes sich darauf beschränkt, Vertreter zu wählen, denen es keine bindenden Aufträge erteilen darf, — die es nicht abberufen kann, — deren Beschlüsse und Willenserklärungen es unbedingt gelten lassen muß, so ist das Volk — unter Vormundschaft seiner Abgeordneten — nicht minder unfrei als unter dem absoluten Regiment eines Einzelvormundes Die logische Konsequenz des allgemeinen direkten Wahlrechts ist — allgemeine direkte Theilnahme des Volkes an der Gesetzgebung, wie an der Regierung des Staates. Nur wer dies anerkennt, ist in Wahrheit Demokrat.“ —

Die durch den Druck hervorgehobenen Worte sprechen unzweideutig aus, was unter „unbedingte Selbstregierung des Volkes“ zu verstehen ist: Ein Volk ist im Vollbesitze der Selbstregierung, wenn Gesetz und Verwaltung seiner unmittelbaren Genehmigung und Entscheidung unterliegen. —

Die fernere Frage des Herrn Rittinghausen, ob ich das Repräsentativsystem überhaupt verwerfe, oder eine Aenderung des zur Zeit bestehenden für ausreichend halte, erledigt sich dadurch von selbst. Die direkte Gesetzgebung durch das Volk schließt nicht, wie Rittinghausen zu glauben scheint, die Forderung in sich, daß jedes Gesetz artikelweise von dem Volke in Masse beraten und formulirt werde. Diese Arbeit kann füglich erwählten Vertrauensmännern überlassen bleiben, wenn nur dem Volke das Recht zu steht, durch direkte Abstimmung das so formulirte Gesetz anzunehmen oder abzulehnen oder dessen Revision zu verlangen. Daß auch in der Schweiz, wo neuerdings der Verfassungsrath des Kantons Zürich sich für direkte Volksgesetzgebung entschieden hat, die Sache in dem hier angegebenen Sinne aufgefaßt wird, geht unter Anderem aus einer Rede hervor, welche Gengel, Redakteur des „Bund“, im Verein der Liberalen Bern's gehalten. Es genügt, folgende Stelle anzuführen:

„Man sagt, das Volk sei nicht im Stande, ein paragraphenreiches Gesetz, z. B. ein Civilrecht, artikelweise zu kritisiren. Das ist auch nicht einmal von Rötten; denn wenn das Volk dies könnte, so brauchte es gar keine Gesetzgeber mehr, es könnte seine Gesetze selbst machen. Aber ein sehr deutliches Empfinden, ein sehr gesundes Urtheil hat ein gutes, aufgeklärtes Volk, ob ein Gesetz ihm Nachtheil oder Vortheil bereite, ob es z. B. den Rechtsgang leichter oder schwerer mache, — ob es ihm gut oder schlecht bekommen werde, mit Einem Wort, ob es volksthümlich sei. Und mehr braucht es nicht. Denn das Volk hat das Gesetz nicht zu machen, sondern nur darüber abzustimmen, — und das deutliche Gefühl, ob ein Gesetz gut oder schlecht sei, genügt, um es annehmen oder verwerfen oder

seine Revision beantragen zu können. Alle Einwände dagegen sind irrig."

Mögen immerhin Anhänger des bevormundenden Repräsentativsystems die direkte Gesetzgebung durch das Volk als — „Unmöglichkeit“ bezeichnen, das wird uns nicht abhalten, dafür einzutreten. Ist doch schon manche „Unmöglichkeit“ wirklich geworden, warum nicht auch — die Selbstgesetzgebung des Volkes?"

Weiße Sklaven.

XIV.

Leipzig, im Juni 1868.

Das „Demokr. Wochenblatt“ hat aus dem Erzgebirge bereits eine Reihe von Artikeln gebracht, aus denen wir sehen, wie noch Tausende unserer weißen Brüder in bitterer Sklaverei schmachten. Jedoch nicht bloß dort sind es die durch den Schweiß ihrer Arbeiter emporkommenen Geldsäcke, die, wie der Adel des Mittelalters seine Hörige und Leibeigenen einst ausnützte, mit schauer Berechnung ihre lebenden Kapitalien zu Gunsten ihres Säckels ausbeuten; auch hier bei uns giebt es Fälle genug zu berichten, aus denen hervorgeht, wie auch hier der Arbeiter seinen kleinen Despoten Sklavendienste zu leisten genöthigt wird. Bei den letzten Wahlen zum berliner Reichstag trug es sich in einer hiesigen Buchbinderwerkstatt, worin gegen 80 Gehilfen beschäftigt waren, zu, daß am Tage vor der Wahl der Meister vor seinen Arbeitern wie ein pommerscher Krautjunker die Erklärung abgab, einen Jeden, der am folgenden Tage nicht den Namen des Kandidaten der national-liberalen Partei auf seinem Wahlzettel stehen haben werde, sofort aus der Arbeit entlassen zu wollen. Und was thaten die Arbeiter? Um nicht ihr, wenn auch kärgliches Brot zu verlieren, krochen sie vor ihrem kleinen Tyrannen zu Kreuz und wählten den Mann seines Herzens. Das waren die berühmten freien Wahlen, von denen ja gerade die National-liberalen ein so großes Geschrei erhoben. Jedoch hören wir weiter! In einer andern Buchbinderwerkstatt besteht die schöne Sitte, daß jeder neu eintretende Arbeiter am ersten Tage ein Käßchen Bier für 1 Thlr. zum Besten zu geben genöthigt wird. Der Meister selbst macht ihn mit dieser Unsitte bekannt, verlegt den Thaler bis zum ersten Lohnstag und Meister und Frau Meisterin gehen nun mit dem besten Beispiele voran. Der arme Arbeiter muß sich das gefallen lassen, wenn er nicht augenblicklich wieder ohne Beschäftigung sein will. Außerdem kommt es in diesem Lokale häufig vor, daß, wenn der Herr Prinzipal oder dessen Frau Durst haben, eine sogenannte Saufkollekte veranstaltet wird. Es liegt mir gerade ein vom Meister selbst gefertigtes Rundschreiben vor und ich erlaube mir, dasselbe hier getreu mitzutheilen. „Sämmtliche Herren und Damen, welche Durst haben, und gesonnen sind, zu einem Käßchen Bier beizusteuern, werden gebeten, hinter Ihrem werthen Namen Ihren freiwilligen Beitrag zu bemerken.“ Voran stehen Herr und Madame N. mit 5 Ngr., worauf die Gehilfen dann mit 2 und 2½ Ngr. Beitrag folgen. Wollte sich ein Arbeiter, weil sein Verdienst zur Erhaltung seiner Familie so kaum ausreicht, von einer derartigen Besteuer ausgeschlossen, so würde wenigstens eine schlechtere, geringer lohnende Arbeit die Strafe dafür sein. Und das sollte nicht auch so ein Stückchen „weißer Sklaverei“ sein?!

Schon oft haben wir in diesen Blättern unter der Rubrik: „Weiße Sklaven“ Aufsätze gefunden, welche zu deutlich nachwiesen, daß der Arbeiter Deutschlands sich nur durch die Farbe von dem Sklaven der Südstaaten Amerikas unterscheiden. Heute bin ich in der Lage, Ihnen ein Stück von Sklaverei vereint mit Stock und Fausthieben, mitzutheilen.

Mitte Monat Mai wanderte hier in Großenhain ein Tuchwebergeselle aus Sorau in Preußen ein, erhielt in einer Fabrik ersten Ranges Arbeit, mußte sich seine Kette leimen und scheeren, alsdann seinen Bestuhl vorrichten, und verdiente, da die Kette nur 9 Ellen lang war, an Weberlohn 24 Ngr. und einige Pfennige. Für die übrige Arbeit, wie Stuhlvorrichten u. s. w. wurden ihm von seinem Meister 3 Ngr. gerechnet — in Allem bei 12 stündiger Tagarbeit in 5 Tagen 27 Ngr. und einige Pfennige! Da nun ein Arbeiter in einer fremden Stadt von so Wenigem sich nicht zu erhalten vermag, der Geselle auch auf mehr Lohn Anspruch zu haben glaubte, so verlangte er für seine ganze 5 tägige Arbeit 1 Thlr. 15 Ngr. Sein Meister schlug ihm aber die gewiß billige Forderung ab, und geriethen Beide in Wortwechsel, welcher bald zu Thätlichkeiten überging. Die beiden Prinzipale, welche hinzukamen, nahmen natürlich die Partei des Meisters und so wurde es diesen drei Ehrenmännern leicht möglich, den Arbeiter niederzuwerfen; der Meister kniete dann dem zu Boden Liegenden auf den Leib und die beiden Prinzipale bearbeiteten nun den Wehlosen mit Stock und Faust der Art, daß er 14 Tage das Bett hüten mußte, und bis heute, da ich dieses schreibe, noch nicht arbeiten kann. Dem so Mißhandelten mußten Schröpfköpfe angelegt werden, um das geronnene Blut aus den Veulen zu bringen. Was geschehen wird, wenn der Weber genesen, wollen wir abwarten.

Obiger Fall ereignete sich in der Fabrik von August Zschille u. Comp.

Gern würde ich meinen Namen zeichnen, da alles hier Gesagte der Wahrheit getreu ist, es zwingen mich aber Rücksichten auf meine Existenz, davon abzusehen; bemerken will ich nur noch, daß sich 30 Gesellen der genannten Fabrik als Zeugen dieser Scene freiwillig gemeldet, und sich bereit erklärt haben, dies Alles vor Gericht zu bestätigen.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Bestellungen an auf die in Mannheim erscheinende

Deutsche Arbeiterhalle.

Organ des Vereinstages deutscher Arbeitervereine.

Herausgegeben von

J. P. Eichelsdörfer in Mannheim.

Alle 14 Tage eine Nummer. Preis halbjährlich 10 Sgr. = 36 fr. rh.

Die Zeitung wird sich bemühen, das Gesamtgebiet der Arbeiterangelegenheiten in den Kreis seiner Besprechungen zu ziehen und die Bestrebungen der Arbeitervereine nach Kräften zu unterstützen. Es bringt außerdem die offiziellen Bekanntmachungen des Vorwärtigen Ausschusses, eine Uebersicht aller Zeitverfassungen der Vereine, eine Uebersicht aller Zeitverfassungen der Vereine.

Alle Freunde der Arbeiter werden ersucht, durch zahlreiches Abonnement das Unternehmen zu fördern.

Verantwortlicher Redacteur: B. Viebnecht.
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig. } Druck und Verlag: G. W. Bollrath.
Expedition: Windmühlenstraße 11.

Hierzu eine Beilage.

Aus Deutsch-Oesterreich.

Wien, den 15. Juni 1868.

Endlich sind dem Volke die ersten Früchte der „neuen Aera“ glücklich in den Schooß gefallen. Der Begräbnistag Mühlfeld's brachte uns Deutsch-Oesterreichern die Publicirung der drei confessionellen Gesetze. Der jetzige Justizminister Herbst nannte seiner Zeit dieses Vorgehen in Schul- und Kirchenfragen „Breschschießen“ in die den Geist absperrende Concordatsmauer. Als mehr darf man sie wohl auch heute noch nicht ansehen, so viel des Guten auch in ihnen enthalten ist. Das eigenthümlichste Institut, das mit ihnen das Licht erblickt, ist das der Noth-Civilehe, das immer erst dann zur Geltung kommt, wann der Ehe bloß kirchliche Hindernisse im Wege stehen. Dagegen eifern natürlichermaßen unsere Oberhirten auf das heftigste, denn dieses Kezerverk soll sie um ihr LiebsteS bringen, um — die Dispensgelder. In diesem Sinne regnet es Hirtenbriefe, die sich gegenseitig an frecher Geze gegen die neuen Gesetze zu übertreffen suchen. Schade, daß der bekannte tyroler Gottesstreiter Greuter noch nicht Bischof ist, er würde gewiß wie eine elektrische Sonne all diese Zwielfichter in den Schatten stellen und womöglich die Arbeiterfrage mit hereinziehen, die Frage, die ihm zumeist am Herzen liegt, und für deren Besprechung ihm auch ein Hirtenbrief nicht zu schlecht wäre. Daß er den Arbeitern darin das allgemeine Stimmrecht versprechen würde, im Gegensaße zu Dr. Giska, dürfte bei der Kenntniß der Dinge nur zu gewiß sein, ebenso wie er es ihnen und gewiß auch Allen geben würde, wenn es an ihm läge. Aber aus demselben Grunde mußte sich heute der Mann dagegen aussprechen, der im Frankfurter Parlament mit Prof. Wutke in einer Commission über diese Frage saß und damals auf das entschiedenste dafür einstand. Heute würden wir bei dem allgemeinen, direkten, geheimen Stimmrecht eine Kammer von Pfaffen, Bezirksvorständen und feudalen Großgrundbesitzern bekommen, die zu den Männern des Fortschritts ungefähr so ständen, wie die berüchtigten Nameluden zu der Opposition in Frankreichs gesetzgebender Körperschaft. Was dann aus unserem hiesigen Culturelemente: dem Deutschthum, würde, wenn Polen, Czechen und Slovenen mit ihren Geistesbrüdern, den Tyrolern, Hand in Hand gingen, ist bei der Kenntniß hiesiger Zustände wohl nicht schwer vorauszu sehen: ein großes Quantum Blut und noch mehr Knechtschaft.

Auch diese Frage muß einmal im günstigen Sinne zur Entscheidung kommen, aber zuerst alle Fesseln brechen, dem Entfesselten dann Nahrung und Stärkung und dann erst volle Arbeit. Heute aber muß die Arbeit noch denen bleiben, die mit offenem Gesichte nicht in die Fallen treten, die Pfaffen thum, Adel und Nationalitätenschwindel überall dem kaum vom Schlaf Erwachten zu stellen bemüht sind. — Der Arbeiterbildungsverein, der bereits viele tausend Mitglieder zählt, hat ja vor allem die Aufgabe, seinen Theilnehmern die Mittel zu bieten, jenen freien Blick zu erlangen, der die erste Bedingung und die wahre Grundlage der Freiheit

ist, vor dem unsere Feinde zittern und dem sie unterliegen müssen. Diesen „freien Blick“ jedem gesunden Menschenkind zu verschaffen, muß demnach unsere erste Aufgabe sein und in diesem Worte liegt all' das, was man gewöhnlich mit „größerer Volksbildung“ bezeichnet. — Im allgemeinen liegt unser Vereinsleben sehr im Argen. Es krankt ja schon im Herzen, es ward ja schon krank geboren. Die im Gesetze verbotene Verbindung der Vereine unter einander zu gemeinsamem Handeln war von Anfang an eine Todeswunde. Dazu traten noch die alten Erbgebrechen des Austriacismus, der damit verwandten Faulheit und zum Ueberflus ein ganz neuer Krebschaden der häßlichsten Gattung, die „Borussomanie“. An letzterer Krankheit geht gegenwärtig der mit so schönen Intentionen ins Leben getretene „deutsche Volksverein in Wien“ zu Grunde, nachdem bereits die besten seiner Mitglieder, der deutschen Freiheitsache wirklich ergebene Männer, aus demselben ausgetreten sind. Es scheint beinahe so, als könnten wir Deutsch-Oesterreicher von nichts Schlechtem verschont bleiben, denn nachdem wir den Teufel schon in den verschiedensten Gestalten gesehen, klopft er jetzt sogar als Preußenfreund an unser Kämmerlein. Sollte Preußen sogar ein Concordat schließen, dann helfen bei uns auch die beliebten drei Kreuze nichts mehr gegen obige Teufelsgestalt. — In der letzten Woche hielt die Finanzdebatte alle Gemüther wach. Nur zwei Männer gingen der Sache mit den richtigen Waffen auf den Leib: Baron Tinti und unser braver Rezbauer. Sie beide verlangten unbedingte Herabsetzung des Militärbudgets, ja Dr. Rezbauer erklärte als die einzige Möglichkeit einer wirklichen Heilung unserer finanziellen Schäden die Einführung des Milizsystems. Da fielen so gewaltige Siebe gegen Preußen und gegen seine eiserne Umflammerung des deutschen Südens, wie sie nicht gewichtiger fallen können. An dem Beispiele Badens wies er statistisch nach, wie furchtbar schädlich jener preußische Militarismus sei. Baden hätte früher 15,000 Mann auf den Beinen gehabt, jetzt müsse es dem neuen Behergesez entsprechend 50,000 Mann erhalten. Bei dem Milizsystem jedoch könnte es 120,000 Mann haben mit nicht bedeutenderen Kosten als früher und doch viel größerer Schonung der Arbeitskräfte, als dies bei dem jetzigen kräfteverzehrenden System der Fall. — Keines der liberalen Blätter versäumte das Programm für den bevorstehenden Berner Friedenscongreß zu bringen, wenn auch die Raivetät so weit ging, vor- und hinterwärts die minutiösesten Details über den hier anwesenden Prinzen Napoleon dem ersten Leser aufzutischen. Die Redaktionen mögen eben wissen, daß sie nicht viel ernste Leser haben. — Zum Schluß noch eine kurze bezeichnende Thatsache aus dem ungarischen Oesterreich. Josef Madarasz, das enfant terrible des ungarischen Reichstags, will dem von ihm bekämpften Ministerium beweisen, wie wenig es bei dem Volke Rückhalt besitze, macht zu diesem Zwecke eine nur viertägige Rundreise durch das Land und bringt 136 Petitionen mit vielen tausend Unterschriften um Aufhebung der 67er Gesetze zurück. Es ist dies der Kossuth'sche Standpunkt und bedeutet völlige Trennung von Deutsch-Oesterreich. So der Anfang vom Ende. —

*) Das allgemeine gleiche Wahlrecht ist ein Prinzip, an dem unter allen Umständen festgehalten werden muß. Eine wahrhaft demokratische Regierung würde die von unserm geehrten Correspondenten befürchteten Gefahren mit Leichtigkeit vermeiden können.

Aus England.

London, den 22. Juni.

Das kleine Wort „London“ bezeichnet nicht länger eine Stadt, es bezeichnet den Sammelpfad einer städtischen Bevölkerung. Vor 8 Jahren wohnte schon $\frac{1}{5}$ der englischen Bevölkerung in der Hauptstadt, $\frac{1}{10}$ der vereinigten Königreiche. 1801 wohnte $\frac{1}{5}$ der britischen Bevölkerung in den 72 größten englischen Städten, deren Durchschnittsbevölkerung heute über 100,000 beträgt. Ein englischer Volkswitz sagt, daß ein Irländer auf die Frage: wie ihm London gefalle? geantwortet habe: „es würde eine schöne Stadt sein, wenn sie mehr auf dem Lande läge“. Heute kann man sagen, die ländliche Umgegend von London würde schön sein, wenn sie nicht mitten in der Stadt läge. Aus dem Herzen der Stadt zu Fuß ins Freie zu wandern, ist eine Schwierigkeit, der sich nur Wenige unterziehen, daher wird London die Kreuz und Quer von unterirdischen und überirdischen Eisenbahnen durchschnitten, die tagtäglich das Niederreißen von menschlichen Wohnungen bedingen und die Miete erhöhen. Die Haus- und Landeigentümer machen freilich ihren Profit dabei, aber die Arbeiter müssen zahlen und entbehren. Ueber 3 Thaler die Woche muß in abgelegenen Winkeln für 2 elende Dachstuben bezahlt werden. Das flache Land wird entvölkert, die Städte werden zu ameisenhausen-ähnlichen Bevölkerungsnestern. Die Auswanderungslisten zeigen am deutlichsten, woher der Wind weht. Im Jahre 1867 wanderten aus: Tagelöhner und Ackerbauarbeiter 47,162; „Gentlemen“, Gelehrte und Kaufleute 7,592; Pächter 6,309; Minen- und Steinbruch-Arbeiter 5,641; Zimmerleute und Schreiner 2,117; Schmiede 1,351; Schneider 812; Gärtner und Fuhrleute 947; Comptoiristen 793. Unter den ausgewanderten ledigen Frauenzimmern waren 1087 „gebildete Damen“; 8,599 Haus- und Ackerbau-Dienstmädchen; 354 Kleidermacherinnen und 8 Ladenmädchen. Das bereits entvölkerte flache Land liefert also eine viel größere Anzahl Auswanderer als die dicht bevölkerten Städte. —

Das Ministerium hat sich ohne große Mühe erweichen lassen, dem Gouverneur Eyre die Gerichtskosten zu vergüten. Dagegen hat ein jamaikanischer Grundeigentümer 25 Pfd. Sterl. (170 Thlr.) beigetragen, um die Kosten der Verfolgung zu decken. In seinem Begleitschreiben sagt er, daß die Unfähigkeit Eyre's die Insurrektion heraufbeschworen habe. Dieser entrüstete jamaikanische Grundeigentümer sitzt natürlich ganz gemüthlich in London und verzehrt ohne Entrüstung den Schweiß der schwarzen Proletarier. —

Vorigen Mittwoch kam in Dublin der letzte Fenier-Prozeß vor. Der Angeklagte war beschuldigt, vorigen Oktober zwei Mal nach einem Polizeimann geschossen zu haben. Da jedoch die Behauptung des Polizeimannes nicht durch andere Zeugen bestätigt wurde, so sprach die Jury den Angeklagten frei. —

Vor großen Dieben zieht man nicht immer den Hut ab. Ein Schwindler, der die Leeds-Bank-Compagnie um 60,000 Pfd. St. (= 400,000 Thlr.) betrogen, ist zu 1 Jahr und 9 Monaten schwerer Strafarbeit verurtheilt worden. —

Die brodlosen Schiffbauer im Osten von London machen Anstalten auszuwandern. Die Arbeitslosigkeit ist noch immer allgemein, ohne die geringste Aussicht auf Besserung. Im Laufe der letzten Woche vermehrte sich die Anzahl derer, die öffentliche Unterstützung erhalten, um 500 Personen. Im Ganzen beträgt ihre Anzahl 8,000, und diese sind gezwungen, auf öffentliche Unkosten zu leben, weil sie zu viele Schiffe ge-

haut haben. Heute Abend soll unter dem Vorßiß des Bischofs von London eine Versammlung gehalten werden, um die Frage zu diskutieren: „Was soll man mit den arbeitslosen Armen in London anfangen?“ Verschiedene „berühmte“ Männer sowohl als Arbeiter sind eingeladen worden an der Diskussion Theil zu nehmen. —

Herr Disraeli hat außerhalb des Parlaments eine lange Lobrede auf seine eigene Politik gehalten. Im Unterhause ist er ruhig geworden; es wird jetzt Ernst damit gemacht, die Auflösung so bald als möglich zu Stande zu bringen. Das Oberhaus ist bereit, eine Lanze für die irische Staatskirche zu brechen und Gladstone's Bill zu verwerfen. Derby, Carnarvon, Grey und Salisbury stehen an der Spitze der Opposition. Außer ihnen wollen zwei katholische Lords gegen die Bill sprechen. Die alten konstitutionellen Whigs sind ebenfalls dagegen, im Ganzen sind nur 60 Stimmen sicher für die Bill. Sonach war die ganze parlamentarische Aktion der Liberalen vergebens. —

Die Wahlagitation hat bereits angefangen. Die alten Vertreter werden hier und da nicht wieder gewählt werden. Wirkliche Arbeiter sind bisher noch nicht vorgeschlagen worden. Die Manchester Arbeiter setzen ihre Hoffnung auf Ernest Jones. Als einer der Hauptführer der Chartisten-Partei hat er die Sache der Arbeiter schon seit Jahren verfolgt.

Neue Badische Landes-Zeitung.

Deutsch!! Mannheimer Anzeiger. Demokratisch!!

Täglich 2mal in Groß-Koyal-Format. — Auflage 6500.

Für das Dritte Quartal 1868 (Juli, August, September) im Verlage 1 fl. 15 kr., auswärts 1 fl. 34 kr. = 26 Sgr.

Anzeigen die 5spaltige Petitzelle 3 kr. = 1 Sgr.

Hierzu ladet ein.

Mannheim, im Juni 1868.

Die Verlagsbuchhandlung J. Schneider.

Der

„Bürger- und Bauernfreund“

wird auch im neuen Quartale vom 1. Juli ab, seiner alten seit seiner Gründung im Jahre 1861 ausgesteckten demokratischen Fahne, die ihm viele Verfolgungen zugezogen, nicht untreu werden. Sein Programm wird es bleiben, das Volk, namentlich die Arbeiter auf dem Lande, selbständig denken und demokratisch handeln zu lehren. In diesem Streben wird er nicht eher nachlassen, bis er durch das Verdürfnis nach größeren demokratischen Zeitungen aus seinem Leserkreise verdrängt ist. Dann wird er gern vom Schauplatze abtreten!

Demokraten, helft ihn verbreiten, damit er seine Aufgabe lösen kann!

Der Bürger- und Bauernfreund erscheint in Tilsit im Verlage von H. Post, redigirt unter Mitwirkung von J. Reitenbach durch W. Simpson in Plicken bei Gumbinnen, jeden Freitag $\frac{1}{2}$ Bogen stark, oft mit Beilage, und kostet für das Vierteljahr per Post bezogen 4 Sgr. 6 Pf. ohne Bestellgeld.

Insertionen finden für 3 Sgr. die Zeile durch ganz Deutschland Verbreitung.

H. Post-Tilsit.

W. Simpson-Plicken bei Gumbinnen.

Verleger.

Redacteur.

Verantwortlicher Redacteur: B. Liebknecht.

Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig.

Druck und Verlag: C. W. Volkath.
Expedition: Windmühlenstraße 14.